

Demokratie hat ohne Verantwortung keine Zukunft

Der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim plädiert für eine stärkere Kontrolle der politischen Klasse

Politik

Von Christoph Degenhart

Der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim hat sich durch seine engagierte Kritik am Parteiensystem und an der „politischen Klasse“ der Bundesrepublik nicht eben allseitig beliebt gemacht. Auch in seinem neuesten Werk „Vom schönen Schein der Demokratie“ geht er Konflikten nicht aus dem Weg. Dies gilt weniger für Forderungen nach direkter Demokratie – diese liegen durchaus im Trend aktueller Verfassungsdiskussion. Jedoch in jedem Fall für seine schonungslos-kritische Analyse des bundesdeutschen Föderalismus. Der ist immerhin ein vielen als unantastbar geltender, als Vorbild für die entstehende europäische Ordnung empfohlener Grundpfeiler unserer staatlichen Ordnung.

Treffsicher wie stets analysiert

Hans Herbert von Arnim dessen Schwächen und demokratische Defizite sowie den Funktionsverlust der Landesparlamente, an dem nicht nur Bund und EU, sondern auch die Länder selbst maßgeblichen Anteil haben. Diese scheuen den Wettbewerb und weichen für ihnen verbleibende Kompetenzen auf eine koordinierte, gleichförmige Einheitsgesetzgebung aus.

Vorherrschaft der Landesfürsten

Was seinen Grund freilich auch darin hat, dass der Bürger kaum mehr bereit ist, gravierende Unterschiede etwa in der Bildungspolitik zu akzeptieren. Erst recht würde dies im übrigen in der Steuerpolitik gelten, für die von Arnim den Verlust an Gestaltungsrechten der Länder beklagt. Unbestreitbar aber ist, dass

hier in den Ländern die Parlamente die Verlierer sind.

Demgegenüber sind die Landesregierungen die eigentlichen Gewinner der politischen Gewichtsverschiebung zum Bund. Es kommt zur „Vorherrschaft der Landesfürsten“ in der Tradition früherer Formen des deutschen Föderalismus, der somit auch unter dem Grundgesetz Barriere gegen den Parlamentarismus geblieben ist.

Er ist dies nicht zuletzt auf Grund der spezifisch deutschen Konstruktion der Länderkammer, des Bundesrats als Handlungsinstrument der Landesregierungen. Seine Aufwertung durch die Zunahme zustimmungspflichtiger Gesetze und durch den „Europa-Artikel“ 23 des Grundgesetzes, der die Mitwirkung der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union auf den Bundesrat konzentriert, verstärkt den

Machtzuwachs der Landesregierung zu Lasten der Länderparlamente. Und damit, so von Arnim, letztlich zu Lasten der Demokratie.

Eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf die Länder sieht von Arnim skeptisch – wohl zu Recht. Denn es bleibt fraglich, ob der derzeit viel gepriesene Wettbewerbsföderalismus tatsächlich die erhoffte Remedur bringen könnte. Der entscheidenden Herausforderung demokratischer Ordnungen im Zuge der Globalisierung, der Bewahrung der Handlungsfähigkeit des Staates, würde er nicht gerecht. Das zeigt sich bereits: an der Erpressbarkeit der Länder im Standortwettbewerb.

An all diesen Entwicklungen habe die „politische Klasse“ ihren entscheidenden Anteil, weil sie in ihrem Interesse liegen. Die für den Bürger kaum durchschaubare, um so weniger kontrollierbare Vielzahl

politischer Entscheidungsebenen schafft entsprechende Betätigungsfelder (und auch Posten und Pfründe). Andererseits ermöglicht sie die Flucht aus der Verantwortung. Eine Stärkung direkter Demokratie auf allen Ebenen soll deshalb die Politik wieder der Kontrolle durch das Volk unterwerfen.

Bürgerferne der Politiker drastisch verringern

Soweit auf kommunaler und Landesebene Formen direkter Demokratie – im weitesten Sinn, unter Einbeziehung der Direktwahl von Mandatsträgern – existieren, hängen deren Realisierungschancen von der jeweiligen Ausgestaltung ab. Dabei sollten die Erfahrungen im bürgerfreundlichen Bayern ermutigen, auch anderswo konsequenter voranzuschreiten. Schließ-

lich empfiehlt der Verfasser direkte Demokratie im Bund und in der EU, deren Bürgerferne sie drastisch verringern könnte. Zusammenfassend fordert von Arnim mehr Macht für das Volk – mehr Kontrolle der politischen Klasse.

Von Arnims neues Buch fügt sich konsequent in seine brillanten Analysen der „politischen Klasse“ der Bundesrepublik, zeigt aber auch die Grenzen dieser Betrachtungsweise – wie jeder monokausalen Erklärung komplexer Prozesse. Denn die politische Klasse schwebt nicht frei im Raum, und die Handlungsoptionen der Politik werden enger.

■ Hans Herbert von Arnim, *Vom schönen Schein der Demokratie*. Droemer 44,60 DM

■ Professor Christoph Degenhart lehrt Staatsrecht an der Universität Leipzig